



Libanon vor beschleunigter interner Machterosion und fortgesetzter externer Einmischung

Erleichterung war allenthalben zu spüren, und dennoch ist es nur ein Sieg auf Zeit, der zudem lange auf sich warten ließ: Nach mehr als drei Monaten meldete der libanesische Premierminister Fuad Siniora Anfang September den Sieg über die bewaffnete sunnitische Organisation Fatah al-Islam, die sich seit Ende Mai im palästinensischen Flüchtlingslager Nahr al-Bared nördlich von Beirut verschanzt und heftige Kämpfe mit den libanesischen Streitkräften geliefert hatte. Für einige Tage konnte der Erfolg der libanesischen Armee wie der Regierung die innerlibanesischen Auseinandersetzungen wie die Fragen nach der inneren Herrschaftsordnung sowie des Einflusses externer Akteure und die Verschränkung mit regionalen Interessen verdecken. Und exakt diese Fragen sind schnell wieder aufgekommen, spätestens mit der Ankündigung der für 25. September angesetzten Wahl des Staatspräsidenten geht es im Zedernland mal wieder um alles oder nichts. Vor allem aber geht es darum, wer im Rahmen der konfessionell gebundenen Machtverschränkung und eines veränderten demographischen Gleichgewichts staatliche Souveränität ausüben hat und bereit ist, diese auch gegen externe Interventionsversuche zu verteidigen.

Drei Ebenen des Konfliktes gilt es dabei zu unterscheiden: Neben der innerstaatlichen, nationalen Ebene, wo es um die legitime Ausübung zentraler staatlicher Herrschaft geht, muss zwischen subnationaler sowie regionaler und internationaler Ebene

differenziert werden. Der Machtzerfall auf sub- und nationaler Ebene wird bedingt durch die fortgesetzte Auseinandersetzung zwischen dem pro-syrischen Lager und dem syrisch-kritischen Lager, wobei entgegen der konfessionellen Machtaufteilung des Taëff-Abkommens¹ die Konfliktlinien nun auch wieder zwischen den ethnisch gebundenen Gruppen auf subnationaler Ebene verlaufen. Auf der dritten Ebene stellt sich die Frage nach der Neuordnung der regionalen Ordnung im Spannungsfeld einer nach Machteinfluss gierenden iranischen Führung und einer syrischen Regierung, die dem internationalen Druck folgend ihre Truppen 2005 aus dem Libanon gesenken Hauptes abziehen musste.

Innenpolitische Zwickmühle zwischen Stillstand und Ausbrüchen von Gewalt

Seitdem im November 2006 fünf schiitische Minister – zwei Hisbollahmitglieder und weitere Anhänger der pro-syrischen Bewegung – die Regierung, die sie selbst mit geschaffen hatten, verlassen haben, liegt das Land in einer politischen Agonie. Premierminister Siniora hatte zuvor die Forderung der Hisbollah nach einem

¹ Mit der Verabschiedung des Taëff Abkommens wurde 1989 der libanesische Bürgerkrieg beendet und sah eine im Prinzip eine bis heute nicht durchgeführte Entkonfessionalisierung des politischen Systems im Libanon vor.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM
POLITISCHER DIALOG
NAHOST / MITTELMEER**
DR. HARDY OSTRY
GERRIT F. SCHLOMACH
September 2007

www.kas.de

Vetorecht im Kabinett abgelehnt, weil diese offensichtlich darauf zielte, das geplante UN-Tribunal zur Aufklärung des Attentats am ehemaligen Premier Rafik Hariri zu torpedieren. Seit dieser Zeit betrachtet die nun neu formierte Opposition die amtierende Regierung als nicht mehr verfassungskonform, da sie den Vorgaben der Verfassung widerspreche, alle Bevölkerungsteile entsprechend in der Regierung berücksichtigen zu müssen. Das Ausscheiden der schiitischen Vertreter aus der Regierung hatte darüber hinaus auch weitgehende Folgen für die Legislative: Nahib Berri, Führer der schiitischen Amal und seines Zeichens Parlamentssprecher, lehnte es seit dieser Zeit ab, Parlamentssitzungen einzuberufen, da auch er die Meinung teilte, die Regierung sei nicht verfassungskonform. Somit stehen sich im Libanon zwei scheinbar unversöhnliche Machtblöcke gegenüber, deren Grenzen nunmehr zwischen Regierung und Opposition verlaufen, teils aber konfessions- und religionsübergreifend sind.

März-Bewegungen als Pfeiler des politischen Konflikts

Das oppositionelle Lager, die so genannte 8. März-Bewegung vereint so verschiedene Persönlichkeiten wie den ehemaligen General und jetzigen christlichen (maronitischen) Präsidentschaftskandidaten Michel Aoun, den schiitischen Parlamentssprecher Nabih Berri und den Führer der schiitischen Hisbollah, Hassan Nasrallah. Das Sammelbecken der 14. März-Bewegung umfasst neben dem sunnitischen Premierminister Fouad Siniora die von Saad Hariri, dem Sohn Rafik Hariris geführte „Zukunftsbewegung“ sowie prominente christliche Vertreter wie den einstigen Präsidenten Amine Gemayel und Drusen-Führer Walid Jumblatt und zeichnet sich durch ihre syrien-kritische Einstellung und Offenheit gegenüber westlichem

Engagement aus. Gehen die Ursprünge dieser innenpolitischen Konfrontation der Blöcke in die Zeit nach der Ermordung Rafik Hariris zurück, so haben sie sich im Nachgang zum Juli-Krieg 2006 fast gnadenlos verhärtet. Von Beginn des Krieges an hatte die Siniora-Regierung der Hisbollah vorgeworfen, das Land in diesen unnötigen Krieg manövriert zu haben. Musste der Premier diese Kritik im Laufe der Kriegshandlungen wohllos dezimieren, auch angesichts der fortgesetzten israelischen Angriffe, die es aus innerlibanesischer Sicht schwer fielen ließen, interne Fragmentierung durch zu starke Kritik am ungeliebten politischen Gegner weiter zu fördern, so stellte die Erklärung der Hisbollah vom „Göttlichen Sieg“ am Ende der Kriegshandlungen die Festschreibung einer strategischen Gegnerschaft zwischen den Kräften des 8. und 14. März dar. Für Siniora und die anti-syrischen Kräfte waren derlei Aussagen eine Provokation in mehrfacher Hinsicht: Sie bestätigten den Verdacht einer bewussten Kriegsprovokation zum Schaden des Landes, konterkarierten alle Versuche Sinioras, das hoch verschuldete Land in ruhige Fahrwasser zu bringen und stellten nicht zuletzt die Autorität der Regierung in Frage. Trotz der stets rhetorisch gepflegten gegenseitigen Gesprächsangebote bezüglich einer Nationalen Einheitsregierung, kam es, wie es kommen musste: Die Schiiten und 8. März-Anhänger verließen die Regierung und leiteten damit den politischen Stillstand ein. Seit dieser Zeit zählt der gegenseitig vorgebrachte Vorwurf, die jeweils andere Bewegung würde den politischen Ausverkauf des Landes betreiben, zur Tagesordnung. Die Kräfte des 8. März kritisieren die Siniora-Regierung wegen ihrer engen Bande zu den USA, Europa und Frankreich; Siniora und Hariri-Anhänger fordern ein Ende syrischer Intervention und die bedingungslose Rückkehr an den Verhandlungstisch.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM
POLITISCHER DIALOG
NAHOST / MITTELMEER**

DR. HARDY OSTRY
GERRIT F. SCHLOMACH

September 2007

www.kas.de

Verstärkt wurde dieser Stillstand durch neue Attentate und politisch motivierte Morde an Parlamentsabgeordneten. Seit dem Austritt der Schiiten aus der Regierung verschärfte sich die politische Lähmung des Landes merklich. Zwar wird die politische Auseinandersetzung größtenteils friedlich ausgetragen wie die friedliche „Belagerung“ der Regierungseinrichtungen durch eine Zeltstadt der Opposition, doch kam es auch zu gewaltsamen Zusammenstößen, geschehen Anfang diesen Jahres während des von der Hisbollah ausgerufenen Generalstreiks. Dabei gab es drei Tote und mehr als hundert Verletzte.

Offensichtlich wurde die inner-konfessionelle Zerstrittenheit auf subnationaler Ebene zuletzt bei der Nachwahl von zwei Parlamentsmitgliedern am 5. August 2007, die durch die Ermordung zweier bisheriger Abgeordneten notwendig wurde. Im östlich von Beirut gelegenen Metn lieferten sich der ehemalige Präsident Amin Gemayel, Vater des ermordeten bisherigen Abgeordneten Pierre Gemayel, und Camille Khoury als Kandidat der „Freien Patriotischen Bewegung“ des ehemaligen Generals Michel Aoun ein heißes Kopf an Kopf Rennen. Zwar unterlag Gemayel seinem Herausforderer nur knapp, doch rissen die politischen Auseinandersetzungen als Vorboten der nahenden Präsidentschaftswahlen einen tiefen Graben durch die christlichen Gemeinden. Unmittelbar danach setzte eine künstlich aufgepeitschte Diskussion darüber ein, wer denn eigentlich rechtmäßig der politische Vertreter der Christen sei. Die Antwort auf diese Frage wird umso relevanter, zieht man in Betracht, daß das Präsidentenamt im Libanon traditionell stets an einen (maronitischen) Christen geht. Obgleich Aouns Kandidat den Sieg davon getragen hatte, wurde bei der Stimmauszählung klar, daß Gemayel die meisten Stimmen der Christen bekommen hatte.

Eingeschränkte Durchsetzung der Souveränität im Innern

Auf nationaler Ebene wird ferner die Durchsetzung staatlicher Gewalt im Land durch die Existenz nicht-staatlich legitimer bewaffneter Gruppen im Land eingeschränkt. Dabei ist an erster Stelle die Hisbollah zu benennen, die sich dem Entwaffnungsprozess nach dem Bürgerkrieg entzogen hatte und weiterhin eine Art „Staat im Staat“ im Süden und in schiitischen Bereichen des Landes bildet. In Folge des Waffenganges zwischen der Hisbollah und israelischen Streitkräften zog sich die Hisbollah zwar aus dem umkämpften Gebiet zurück, doch meldeten verschiedene internationale Quellen, dass sich diese Gruppe nördlich des Litani-Flusses auf einen erneuten Waffengang mit Israel vorbereitet, zumindest jedoch seit geraumer Zeit wieder aufrüstet. Diskussionen über die langfristige Entwaffnung der Hisbollah und der Integration in die regulären libanesischen Streitkräfte sind bislang ergebnislos verlaufen, da der Besitz von Waffen für die Hisbollah einen nicht zu verachteten Bargain-Chip darstellt und - wie in der Frage der Vetomacht im Kabinett - geschickt eingesetzt wird.

Aber auch die nunmehr beendeten Kämpfe im Flüchtlingslager Nahr a-Bared werfen kritische Fragen auf, da damit erstmals eine sunnitische Terrorgruppe im Land von sich Reden macht und die desaströs ausgestattete Armee in einen mehr als drei Monate dauernden Zermübungskrieg drängen konnte, der 163 Soldaten das Leben kostete. Immer noch ist ungeklärt, wie die sich in ideologischer Nähe zu Al Qaida sehende Terrorgruppe von zuletzt 150-200 geschätzten Kämpfern hat Oberhand im Lager gewinnen können, ja wie deren Anführer, Shakir Al-Absi, hatte gegen Ende 2006 überhaupt ins Land kommen können, nachdem er zuvor in

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM
POLITISCHER DIALOG
NAHOST / MITTELMEER**
DR. HARDY OSTRY
GERRIT F. SCHLOMACH
September 2007

www.kas.de



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Regionalprogramm Politischer
Dialog Nahost / Mittelmeer

Amman Office

23 Isma'el Haqqi Abdo St
P.O. Box 831025
11183 Amman - Jordan
Phone (962) – 6- 59 29 777
Fax (962) – 6- 59 33 087
info@kas.org.jo

Tunis Office

3 Rue Mahmoud El Ghaznaoui
El Menzah IV
1082 Tunis – Tunisia
Phone (216) 71 751 420
Fax (216) 71 750 090
info@kas.com.tn

www.mena-electionguide.org

Syrien eine Haftstrafe wegen Waffenschmuggels abgesessen hatte und in Jordanien 2004 wegen der Ermordung des US-Diplomaten Lawrence Foley in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden war. Schwer vorstellbar bleibt bis heute, daß er ohne syrische Hilfe oder zumindest ohne syrische Aufmerksamkeit sich hat im Kamp installieren können. Aus dieser Perspektive sehen viele Beobachter erneut die Syrer hinter dem Versuch, durch kämpferische Auseinandersetzungen Instabilität ins Land zu bringen. Anderen Berichten zu folge soll Fatah Al Islam selbst Verbindungen zur Hariri-Familie gehabt haben. Demnach habe die Hariri-Familie wie auch Siniora in der Bewegung eine Art Gegengewicht zur Hisbollah gesehen und diese daher wirken lassen, bis sie außer Kontrolle geriet. Wenngleich es keine Beweise für derartige Theorien gibt, sind sie nicht ganz grundlos. Sie nähren sich auch aus der wachsenden Furcht sunnitische Regime wie Saudi Arabien, Jordanien und Ägypten vor einem unaufhaltsamen schiitischen Machtzuwachs in der Region. Zudem würde dies das von Rafik Hariri selbst gerne gepflegte Image bestätigen, die Sunniten seien die einzige konfessionelle Bewegung ohne Miliz. Demnach hätte man militärische Macht dann nicht durch eigene Truppen ausgeübt, sondern sie sich finanziell kooptiert.

Libanon - Spielball regionaler Mächte und externer Akteure

Auf regionaler und internationaler Ebene wird der Libanon zum Spielball regionaler Mächte und externer Akteure. Es gehört zum libanesischen Politikstil dies auch immer wieder zu erwähnen, zu beklagen und zu lamentieren. Auch im Fall der Ermordung Rafik Hariris gingen die Ermittlungen im Mehlis-Report zunächst in Richtung Damaskus, doch der darauf folgende UN-Ermittler Serge Brammertz nahm weitere Spuren in Betracht. Licht ins

Dunkel soll nun das bereits eingerichtete „Special Tribunal for Lebanon“ bringen. Es wird den am 24. September zu ernennenden Richtern obliegen, Art und Umfang der Involvierung der syrischen Regierung festzustellen.

Nicht erst seit dem Ende des Juli-Krieges zwischen der Hisbollah und den israelischen Streitkräften wird eine Involvierung des Irans über den Stellvertreter Syrien in der Region vermutet. Sowohl israelische als auch unabhängige Quellen berichten von Waffenlieferungen aus dem Iran über Syrien zur Hisbollah. Zwar kontrolliert die nach dem Juli-Krieg verstärkte UNIFIL-Mission erfolgreich die Außengrenzen des Libanons, doch gerade eben nicht an der so wichtigen Grenze zwischen dem Libanon und Syrien. Diese möglichen Lieferungen unterwandern weiter die Durchsetzung staatlicher Macht durch die libanesischen Regierung und festigen den Anspruch des Irans nach einer regionalen Führungsrolle.

Rechtzeitig vor den für den 25. September anberaumten Präsidentschaftswahlen erhöhten die EU und die USA ihren Druck auf Syrien, um die Unabhängigkeit der Wahlen zu gewährleisten. Alle Beteiligten erklären ihren Willen, einen Präsidenten der Libanesen für die Libanesen wählen zu wollen. Und dennoch hören die Ränkespiele nicht auf, schaffen die innerlibanesischen Fragmentierungen erst den Raum für außenpolitische Intervention. Bleibt abzuwarten, ob die zuletzt gestarteten Initiativen der beiden Blöcke, im Konsens einen Kandidaten zu benennen, Erfolg zeitigen werden oder ob die kommenden Wahlen nicht erst recht wieder die Spaltung perpetuieren werden.